

AußenwirtschaftsNews – USA

05/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Das US-BIP ist im ersten Quartal 2025 unerwartet um annualisierte 0,3 Prozent gesunken. Dies ist auf höhere Importe, geringere Staatsausgaben und Trumps Zollpolitik zurückzuführen. Die Wachstumsprognose wurde um 0,9 Prozentpunkte auf 1,4 Prozent gesenkt.
- Am 07. Mai 2025 hat Fed-Chef Jerome Powell angekündigt, den Leitzins unverändert bei 4,25 bis 4,50 Prozent zu belassen. Die Fed will damit den gestiegenen Risiken für eine höhere Arbeitslosigkeit und eine höhere Inflation Rechnung tragen. Zugleich betont sie, dass die wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosenrate und der Arbeitsmarkt bislang stabil bleiben. Die Inflation bleibt hoch.
- Das Verbrauchervertrauen in den USA ist im April auf ein Fünfjahrestief gefallen, da wachsende Sorgen über Zölle die Wirtschaftsaussichten belasteten. Das Conference Board gab bekannt, dass sein Verbrauchervertrauensindex in diesem Monat um 7,9 Punkte auf 86,0 gesunken ist, den niedrigsten Wert seit Mai 2020. Die Zukunftserwartungen fielen auf ein 13-Jahrestief.
- Die Stimmung in der US-Industrie hat sich im April verschlechtert. Der Einkaufsmanagerindex ISM fiel auf 48,7 Punkte – den niedrigsten Stand seit November – und liegt damit unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Auch ein zweiter Index von S&P Global zeigt stagnierende Industrieaktivität.
- US-Unternehmensführer zeigen sich besorgt: Eine Anfang April durchgeführte Umfrage des Magazins Chief Executive ergab, dass von den 329 befragten Unternehmenschefs 76 Prozent angaben, dass sich die Zölle negativ auf ihr Geschäft auswirken werden. Nur 26 Prozent planen eine Erhöhung ihrer Investitionen (März: 37 Prozent). 62 Prozent (März: 48 Prozent) erwarten in den nächsten sechs Monaten eine Abschwächung oder Rezession.
- Auch an den Finanzmärkten zeigt sich wachsendes Misstrauen: Anleger verkaufen US-Dollar und Staatsanleihen – einst als sichere Häfen geschätzt. Die Renditen der normalerweise stabilen US-Staatsanleihen sind stark gestiegen – zeitweise auf über 4,5 Prozent.

- Die Erstanträge auf US-Arbeitslosenhilfe stiegen in der Woche zum 26. April überraschend stark auf 241.000 – Volkswirte hatten lediglich mit 225.000 gerechnet. Auch der gleitende Vierwochendurchschnitt nahm deutlich zu.
- Eine Analyse von Goldman Sachs zeigt, dass eine Erhöhung der breit angelegten Zölle um 10 Prozentpunkte einen negativen Nettoeffekt auf die Beschäftigung haben wird. Durch die Zölle würden 100.000 Stellen im verarbeitenden Gewerbe entstehen, aber in der Gesamtwirtschaft wären rund 500.000 Stellen gefährdet – besonders betroffen sind Unternehmen, die auf Importteile angewiesen sind.

2 Handels- und Zollpolitik

- Laut Berechnungen von Bloomberg Economics stellt die 90-tägige Pause für die länderspezifischen Zölle nur eine geringfügige Änderung dar. Der durchschnittliche US-Zollsatz ist seit Januar 2025 immer noch um mehr als 20 Prozentpunkte gestiegen und der Mix der Zölle könnte die Verbraucher härter treffen.
- Seit dem 03. Mai 2025 gelten auch auf die Importe zentraler Autoteile (Motoren, Getriebe, elektrische Komponenten) aus allen Staaten Zölle in Höhe von 25 Prozent. Autoteile aus Kanada und Mexiko, die dem Handelsabkommen mit den USA entsprechen, bleiben weiterhin zollfrei.
- Am 29. April 2025 wurde mit einer neuen [Präsidentialverordnung](#) beschlossen, Einfuhren von Autos und Autoteilen nicht zusätzlich mit Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte oder den länderspezifischen Zöllen für Mexiko und Kanada zu belasten.
- Ebenfalls am 29. April 2025 wurde [verkündet](#), dass Pkw-Hersteller, die Autoteile für die Montage in die USA einführen, gestaffelt bis 2027 eine Zollrückerstattung beantragen können, die sich nach der Wertschöpfung in den USA richtet.
- Die USA haben eine Untersuchung zur Notwendigkeit von Zöllen auf kritische Mineralien eingeleitet und damit den Handelskrieg verschärft, der auf Schlüsselsektoren der Weltwirtschaft abzielt.
- Nachdem bereits vereinzelt US-Unternehmen Klagen gegen Trumps Zölle eingereicht haben, klagen nun 12 – demokratische und republikanische – US-Bundesstaaten gegen die Zölle vor dem Gerichtshof für Internationalen Handel in New York.
- US-Präsident Trump kündigte an, bis Mitte Mai Zölle auf pharmazeutische Produkte zu erheben. Außerdem unterzeichnete er eine Anordnung, die die Genehmigungsverfahren für pharmazeutische Anlagen in den USA beschleunigen soll.
- Die US-Zölle treffen deutsche Unternehmen im Ausland hart: 60 Prozent der weltweit aktiven deutschen Unternehmen erwarten negative Auswirkungen der US-Handelspolitik auf ihre Geschäfte vor Ort. In den USA befürchten 86 Prozent der dort tätigen Firmen Einschränkungen. Die Unsicherheit durch die erratische und protektionistische Handelspolitik schwächt auch die Investitionsabsichten der Unternehmen in den USA. Nur noch 24 Prozent (nach zuvor 37 Prozent) wollen ihre Investitionen dort ausweiten. Das sind Ergebnisse des [AHK World Business Outlook](#) Frühjahr 2025.
- Die USA und Großbritannien haben eine Handelsvereinbarung geschlossen.

- Die [EU-Kommission](#) bereitet weitere Gegenmaßnahmen gegen die US-Zölle vor – für den Fall, dass keine Einigung mit der US-Administration erzielt wird. Vom 08. Mai bis 10. Juni 2025 können sich Unternehmen und Verbände an der [Stakeholder-Konsultation](#) der Kommission beteiligen. Darin geht es um eine Liste an Produkten, die mit neuen Zöllen belegt werden können und mögliche Exportbeschränkungen. Außerdem wird die EU bei der Welthandelsorganisation Beschwerde einlegen gegen die universellen Zusatzzölle (20 Prozent, derzeit reduziert auf 10 Prozent) und Zusatzzölle auf Autos und Autoteile (25 Prozent).

3 Allgemeine Politik

- Zusätzlich zur Handelspolitik verschärfen Trumps Einwanderungsbeschränkungen die wirtschaftliche Lage: der Arbeitskräftemangel bremst das Jobwachstum und treibt die Inflation. Prognosen gehen davon aus, dass die monatliche Schaffung von Arbeitsplätzen von durchschnittlich 168.000 im letzten Jahr sich auf 80.000 bis Ende 2025 verlangsamen wird – mit langfristigen Folgen für Wachstum und Preisstabilität aufgrund der alternden Erwerbsbevölkerung.
- Die jüngste Umfrage von Economist/YouGov zeigt, dass Trumps Zustimmungswerte um fünf Punkte in den deutlich negativen Bereich gefallen sind. Das entspricht einem Nettorückgang von 14 Punkten seit Trumps zweiter Amtseinführung. Besonders in der Wirtschaftspolitik verliert Trump an Rückhalt – erstmals lehnte eine Mehrheit (51%) seinen Kurs ab.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

eva.apfel@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.